

1000 Seiten, kaum Antworten

EnBW-Untersuchungsausschuss schließt seine Arbeit ab

Von Andreas Böhme, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Ein halbes Hundert Zeugen, 30 Sitzungen, 18 000 geheime Seiten und weitere 250 Aktenordner – da kann man schon mal die Distanz verlieren: Als einen der erfolgreichsten Untersuchungsausschüsse der Nachkriegsgeschichte lobte der Grüne Hans-Ulrich Sckerl vollmundig die Arbeit. Kleinlaut dagegen die CDU, die begreift, dass das Geschäft „so nicht hätte gemacht werden dürfen.“ Die SPD wiederum sieht das Land regiert wie eine Bananenrepublik, und nur FDP-Mann Andreas Glück rückt zurecht: Der Ausschuss hat sich zu viel vorgenommen, „wir sind hier nicht die Staatsanwaltschaft“. Die Bandbreite der Einschätzungen ist groß, wiederholt werden sie am 26. Juni, wenn das gut 1000-seitige Schlussdokument im Landtag beraten wird.

Offen ist zuallererst die Frage nach der Schuld: Wer war es, der den EnBW-Deal verbot? Etwa Stefan Mappus, der zur Verblüffung und sogar anfänglichen Begeisterung der damaligen Opposition den Stromkonzern von den Franzosen zurückkaufte, um seine Wiederwahl zu sichern? Oder sein Freund und Investmentbanker Dirk Notheis, der ihm die Sprechzettel formulierte und auch ein finanzielles Interesse hatte, dass der strukturell höchst unterschiedlich bewertete Deal zustande kommt? Oder waren es die juristischen Berater, die Mappus und sein Kabinett in die Irre führten?

Politisch ist sicher: Die Abwicklung war verfassungswidrig, wie der Staatsgerichtshof längst geurteilt hat. Schon dieses Verdikt hat Mappus' Reputation weitgehend zerstört. Wie Mappus sich augenscheinlich leiten ließ von seinen Beratern, wie klammheimlich er mit wenigen Vertrauten regierte, wie locker (und bisweilen despektierlich) man sich Mails schickte: Künftig sollen selbst solche sensiblen Megadeals transparenter ablaufen und peinlich genau in Aktenvermerken dokumentiert werden, fordert der Ausschuss.

Eine der wichtigeren, einstimmig verabschiedeten Erkenntnisse lautet denn auch: Es gibt keinen Bedarf für eine Verfassungsänderung. Wohl aber muss künftig der Rechnungshof bei Großinvestitionen ebenso gehört werden wie die Fachministerien. Mappus beruft sich darauf, seine Anwälte hätten ihn vor den Klippen der Haushaltsordnung nicht gewarnt. Der Regierungsapparat hätte dies getan, wäre er gefragt worden. Deshalb dürfe solche Expertise künftig nicht an Gutachter ausgelagert werden, sondern müsse aus den Ministerien bezogen werden.

Und schließlich will man klären, welche Rechte und Pflichten Ausschussmitglieder künftig gegenüber der Öffentlichkeit haben, weil mehrere CDU-Abgeordnete über ihre Kontakte zum Zeugen Mappus gehen mussten – etwa der ehemalige Ausschuss-Vorsitzende Ulrich Müller (CDU), der dem Ex-Regierungschef bei einem konspirativen Treffen auf einem Parkplatz Unterlagen zukommen ließ.

Auf der juristischen Schiene ist ein Ende der Aufarbeitung nicht absehbar. Es gibt drei wesentliche Stränge: Mappus' Prozess vor dem Landgericht gegen die Anwälte der Kanzlei Gleis Lutz, die ihn damals angeblich mangelhaft beraten hat. Auch das Ermittlungsverfahren der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Mappus wegen des Verdachts der Untreue schleppt sich hin, selbst wenn er sich persönlich nicht bereichert hat. Mitverdächtigt werden seine Ex-Minister Willi Stächele (Finanzen) und Helmut Rau (Staatsminister).

Der dritte Schauplatz ist das Schiedsverfahren in der Schweiz, das die Frage nach dem korrekten Preis beantworten soll. Finanzminister Nils Schmid (SPD) hat es angestrengt und den Verkäufer, den französischen Staatskonzern EDF, vor den Kadi gezerrt. „Die Schiedsklage ist in vollem Umfang gerechtfertigt“, verteidigt ihn der Grünen-Obmann Hans-Ulrich Sckerl. Wann der Schiedsspruch aber erfolgt, ist gänzlich unsicher.

Gerichtsverfahren laufen weiter



In der Defensive seit seiner Abwahl: Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU). Foto: dpa

ZUR PERSON

> **Ex-Regierungschef Stefan Mappus (48, CDU):** „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ des britischen Historikers Paul Kennedy hat Mappus einmal in einem Fragebogen als „wichtigstes Buch“ benannt. Im Oktober 2009 war das. Da befand sich der damalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion – er hatte sich gegen Peter Hauk durchgesetzt – selbst noch mitten im Aufstieg.

Geboren als Schuhmachersohn in Pforzheim, machte er als konservativer Hoffnungsträger seiner Partei Karriere, Kritikern hingegen galt er schon immer als skrupelloser „Rambo“. Sein politischer Ziehvater, der damalige Minis-

terpräsident Erwin Teufel, ernannte ihn 1998 erst zum Umwelt-Staatssekretär, 2004 dann zum Minister. Unter dem Regierungschef Günther Oettinger eroberte sich Mappus die Fraktionspitze, um dann später, als Oettinger als EU-Kommissar weggeklaut wurde, am 10. Februar 2010 dessen Platz einzunehmen – der kurze Höhepunkt seiner Karriere.

Nach der Abwahl am 27. März 2011 mochte Mappus kaum seine Schuld eingestehen, verabschiedete sich aber doch aus der Politik. Seitdem sinkt sein Ansehen rapide durch Enthüllungen aus diversen Untersuchungsausschüssen (EnBW, Stuttgart 21).

Schmid warnt vor „Effekthascherei“

Nettonull 2014 nicht möglich

Stuttgart. (lsw) Finanzminister Nils Schmid (SPD) bleibt bei seiner Haltung, dass eine Nettonull im Wahljahr 2016, aber nicht schon vorher möglich ist. „Wir haben erhebliche Haushaltsrisiken. Wenn wir 2014 keine neuen Kredite aufnehmen, laufen wir Gefahr, uns in den Folgejahren noch höher verschulden zu müssen“, erklärte der Finanzminister. Er nannte unter anderem Ausgaben für weiter steigende Flüchtlingszahlen und ein erwartetes Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Altersdiskriminierung im öffentlichen Dienst. Ein Haushalt ohne neue Schulden schon im Jahr 2014 wäre nicht mehr als eine „Politik der billigen Effekthascherei“, wie sie die CDU-geführten Vorgängerregierungen betrieben hätten, sagte Schmid.

CDU und FDP warfen der Regierung daraufhin vor, die Haushaltslage absichtlich schlecht gerechnet zu haben. Gebetsmühlenartig habe Schmid drei Jahre lang gepredigt, dass neue Schulden bis 2020 unumgänglich seien – wegen „Erblasten“ und „struktureller Defizite“, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rühle. „Alles erstunken und erlogen.“ CDU-Fraktionsvize Winfried Mack meinte: „Das strukturelle Defizit gibt es nicht.“

Die Haushaltskommission der Landesregierung zog unterdessen eine Zwischenbilanz bei den Sparplänen für 2015/2016. Aus Regierungskreisen hieß es, dass alle Ministerien ihr Soll erfüllt hätten bis auf drei bis vier Häuser. Um welche Ressorts es sich handelt, wurde zunächst nicht bekannt. Die Gespräche mit den betroffenen Ministerien dauerten an. Zudem sei man sich einig darüber, dass die Hochschulen eine bessere Grundfinanzierung bekommen sollen.

Bekannt wurde auch, dass der Landesrechnungshof, dessen Präsident Max Munding die Regierung gestern kritisierte, es selbst mit dem Kürzen offenbar nicht so ernst nimmt. Eigentlich soll die Behörde im Jahr 2015 rund 196 000 Euro und im Jahr 2016 rund 321 000 Euro streichen. In einem Schreiben an die grün-rote Landesregierung vom 20. Mai, erklärt Munding aber wortreich, dass er keine Einsparpotenziale sehe. Deshalb halte der Rechnungshof unverändert an seinen Haushaltsplänen für 2015/2016 fest.

NACHRICHTEN

Winzer verärgert über Blatt-Diebe



Der Diebstahl Tausender Weinblätter von Stuttgarter Reben gibt den Ermittlern Rätsel auf – und verärgert Weinbauern im Südwesten. „Man darf sich nicht einfach überall bedienen, wo man geht und steht. Das hat auch mit Respekt zu tun“, sagt Weinbaumeister Rainer Dürr (Foto: dpa), in dessen Weinberg Unbekannte an etwa 1200 Weinstöcken Blätter abgerissen hatten. Zudem sei die Traubenernte in Gefahr, die Blätter sind wichtig für die Zuckerproduktion. Vermutet wird, dass die Diebesbeute zu Speisen verarbeitet werden soll. Keine gute Idee: Pflanzenschutzmittel machen die Blätter derzeit unbekömmlich.

Höhere Abgeordneten-Diäten ab Juli

Die 138 Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags bekommen mehr Geld. Die Diäten steigen zum 1. Juli um 1,26 Prozent auf 7 290 Euro pro Monat. Außerdem wird die Kostenpauschale um 1,7 Prozent auf 1533 Euro pro Monat erhöht, der Vorsorgebeitrag um 2,59 Prozent auf 1628 Euro. Die Summen werden mit Hilfe des sogenannten Indexierungsverfahrens errechnet, das eine quasi-automatische Erhöhung vorsieht, gekoppelt an die allgemeine Einkommenssteigerung.

Südwest-Bürger besonders sparsam

Das Klischee vom sparsamen Schwaben scheint zu stimmen: Baden-Württemberger legen laut Statistischem Landesamt so viel Geld auf die hohe Kante wie keine anderen Bundesbürger. Das geht aus Daten zu Konsumausgaben und Sparverhalten der privaten Haushalte 2012 hervor. Demnach sparten Privatleute im Südwesten mit insgesamt fast 29 Milliarden Euro 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das sind 2660 Euro pro Kopf, etwa 12 Prozent des verfügbaren Einkommens.

Zerplatzter Bädertraum

In Bad Herrenalb fiel man auf einen gefälschten Bankauszug über 512 Millionen Euro rein

Von Susanne Kupke

Bad Herrenalb. Der Schwarzwald-Kurort Bad Herrenalb (Kreis Calw) ist bei seinem umstrittenen Erlebnisbad-Projekt nach einem Zeitungsbericht auf einen wertlosen Millionen-Beleg reingefallen. Die Kopie des vermeintlichen Kontoauszugs soll laut „Stuttgarter Zeitung“ Entscheidungsgrundlage für die geplante, inzwischen begrabene riesige Wellness- und Hotelanlage am Ortseingang gewesen sein. Dem Blatt zufolge hatte der vorgebliche Investor dem Ort die Kopie des Belegs einer Schweizer Privatbank in Höhe von 512 Millionen Euro vorgelegt – mit einem Originalkontoauszug der Bank hatte dies nach Feststellung der Staatsanwaltschaft Tübingen aber nichts zu tun.

Diese hatte wegen möglichen Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung bereits im vergangenen Som-

mer Vorermittlungen geführt, sie im Mai aber eingestellt. Grund: „Der vorgelegte Kontoauszug ist nach dem Erscheinungsbild so weit von einem Originalbankauszug entfernt, dass eine Urkundenstrafat durch Vorlage der Kopie nicht in Betracht kommt.“ Zudem verwies ein Sprecher am Mittwoch darauf, dass der Stadt kein Schaden entstanden sei.

Der angebliche Investor wollte dem hoch verschuldeten Kurort nach früheren Angaben für 160 Millionen Euro einen gigantischen Badetempel am Ortseingang hinstellen. In einem Bürgerentscheid hatten die Herrenalber im Dezember dafür gestimmt. Die Projektgegner fürchteten dagegen wegen des „monströsen“ Projekts um das Landschaftsbild des 7300-Einwohner-Ortes südlich von Karlsruhe.

Bad Herrenalbs Bürgermeister Norbert Mai (parteilos) sagte auf Anfrage, für ihn sei das Bäderprojekt seit Anfang April „erledigt“ – die angeblichen Geldgeber waren

abgetaucht. „Die Enttäuschung ist groß“, so Mai. Der 40 000 Euro teure Bürgerentscheid sei jedoch „nicht umsonst“ gewesen: Der Ort suche nach weiteren Investoren für das Filet-Grundstück – für ein anderes touristisches Projekt, wie Mai betont. Der Bürgerentscheid habe gezeigt: „Herrenalb steht dazu, dass es eine Kur- und Tourismusstadt ist.“ Der Entscheid erleichtere anderen Investoren die Umsetzung.

Das Ganze sei eine „absurde Provinzposse“, meinte hingegen Gerhard Geschwill, der frühere Sprecher der inzwischen aufgelösten Bürgerinitiative gegen das Projekt. Und er sprach auch von einer „Riesenschweineerei“. Der Bürgermeister habe gewusst, dass die Staatsanwaltschaft prüfe und behauptet, Geld sei da.

Die Bürger haben der Lokalpolitik bei der Kommunalwahl am 25. Mai die Quittung gegeben: 8 von 16 Räten wurden abgewählt; neu im Gemeinderat sind die Vertreter der einstigen Bürgerinitiative.

„Das Gesetz verbietet Radfahren im Wald nicht – es erlaubt es“

Diese Interpretation der „Zwei-Meter-Regel“ durch die Forstkammer teilen die Radverbände nicht – Kontroverse Anhörung im Landtag

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Diskriminierend oder sinnvoll? Die Regelung, wonach Radfahrer nur auf Waldwegen ab zwei Meter Breite fahren dürfen, bleibt umstritten, auch bei einer Anhörung im Landtag. In baden-württembergischen Wäldern würden Radfahrer „diskriminiert“, klagt der Präsident des Württembergischen Radsportverbands, Hans Lutz. Die Regelung, nur Wege ab zwei Meter Breite für Radler freizugeben, sei „bundesweit einmalig“ und gehöre abgeschafft.

Moutainbikern dürfe „nicht die Fähigkeit abgesprochen werden, auf andere Waldnutzer Rücksicht zu nehmen“, assistiert Tilman Kluge von der Deutschen Initiative Mountainbike. Da die Zwei-Meter-Regel die Handlungsfreiheit unnötig einschränke, sei sie „verfassungsmäßig angreifbar“. Durch die bußgeldbewehrte Vorschrift würden Radfahrer „kriminalisiert“, sagt der Vorsitzende der Naturfreunde Württemberg, Andreas Linsmeier.



Lehrstunde im Heidelberger Wald: Im März ließ sich Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) die Regel erklären. Foto: Alex

Schon im Vorjahr haben die Mountainbiker mobil gemacht. Sie wollen ihren Sport im ganzen Wald ausüben und deshalb die kritisierte Regel kippen. Dafür haben sie mittels Online-Petition 58 200 Unterschriften gesammelt. Gestern durften sie ihre Argumente im Landtag bei einer gemeinsamen Anhörung des Petitionsausschusses und des Ausschusses für

den ländlichen Raum vorbringen. Am 16. Juli beraten sich die Abgeordneten dann mit dem zuständigen Ministerium. Einen Beschluss fällt der Landtag nach der Sommerpause.

Ob er im Sinne der Antragsteller ausgeht, erscheint zumindest zweifelhaft. Denn bei der Anhörung sprachen sich Vertreter der Wanderer, Waldbesitzer, Jäger, Bauern und Kommunen für die

Fortsetzung der 1995 eingeführten Vorschrift aus. „Das Gesetz verbietet das Radfahren im Wald nicht – es erlaubt es vielmehr“, sagt der Geschäftsführer der Landesforstkammer, Jörg Hilt. Mit Rücksicht auf Wild und Waldbesitzer müssten die Radler aber „Grenzen für ihr Handeln akzeptieren“. Die Wanderverbände seien „für die Beibehaltung der Zwei-Meter-Regel“

verteidigt auch der Vizechef des Schwarzwaldvereins, Hans Martin Stübler, den Status quo. Auf die griffigste Formel bringt Alexis von Komorowski für den Landkreistag die Sicht der Petitionsgegner: Die Regel sei „pragmatisch, praktisch, gut“.

Mehrere Redner verweisen darauf, dass es bereits eine Ausnahmeregelung im Landeswaldgesetz gebe. Danach können Kommunen bis zu zehn Prozent ihrer ausgewiesenen Wege als Single-Tracks ausbauen oder Wege unter zwei Meter für Mountainbiker öffnen. Die Zahl zehn Prozent, sagt Sascha Hotz von der Schwarzwald Tourismus GmbH, sollte aber „keine festgemauerte Größe“ sein.

Es gebe leider „ein Feind-Feind-Verhältnis“, klagt der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbands, Reiner Ehret. Er plädiert für Konsenssuche: „Ich wünsche mir, dass aus dieser Spaltung die Erkenntnis kommt, dass man sich zusammensetzen muss.“ Naturfreunde-Chef Linsmeier wäre dabei: „Egal, wie die Petition ausgeht: Es ist Zeit, dass wir nicht länger über-, sondern miteinander reden.“